Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. Januar 1928
Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5979—5999. Postscheck Berlin Nr 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

67. Jahrgang
17. 1. m Nr. 27 10 Pfennig

## Zum Tage

**Der englische und der belgische Entwurf eines Sicherheits- und Schiedsvertrages sind in Genf eingetroffen.**

*

**Litauen hat Polen vorgeschlagen, auf einer Zusammenkunft in Riga über die zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen zu verhandeln.**

*

**In Warschau ist von deutscher Seite Ostoberschlesiens Beschwerde über die Verweigerung der Aufnahme Deutscher in die Wahllisten eingelegt worden.**

*

**Der Aktenschieber Kunert wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.**

———

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der verschiedenen Berufsgruppen oder politischen Richtungen gehören in jeder Partei zu jenen Dingen, die man als selbstverständlich nimmt, ohne sich normalerweise davon zu weitergehenden Schlüssen verleiten zu lassen. Die gegenwärtigen **Auseinandersetzungen im Zentrum** tragen indes sichtlich ernsteren Charakter. Es ist schon nicht mehr freundliche Unterhaltung über taktische Zweckmäßigkeitsfragen, wenn der eine Führer dem anderen Dinge nachsagt, die man im Wahlkampf zwischen widerstreitenden Parteien zu vernehmen pflegt. Es geht in der Tat hart an offener Rebellion vorbei; und die Sozialdemokratie bekennt, selten ein lieblicheres Stücklein aus Zentrumsmunde gehört zu haben als die Rede des Herrn Imbusch in Oberhausen. Solche Reden allein bedeuten ganz gewiß noch keine Gefahr für eine Partei wie das Zentrum. Auch dieser, wie so mancher freilich weniger eklatante Vorgang bei anderen Parteien, ist hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um die Kandidatenlisten zu verstehen. Die Gewerkschaften melden ihre Ansprüche an, mit einem etwas rauhen Ungestüm, das auf die engere Zuhörerschaft berechnet ist und gewiß die zunehmende Zersetzung aller Parteien, einschließlich des einst so felsenfest fundierten Zentrums kundtut. Ein einziges Moment ist von akuter und sehr ernster Bedeutung: die Tatsache eines konzentrischen Angriffes auf den Parteiführer Dr. Marx, dessen Eigenschaft als Kanzler des gegenwärtigen Kabinetts die Angelegenheit zu einem sehr weitreichenden öffentlichen Interesse erhebt. Wie steht das Zentrum als Gesamtheit zu diesem Ansturm auf Dr. Marx, der um so verwunderlicher ist, als ganz entgegenstrebende Elemente plötzlich am gleichen Strange ziehen?

## Polnisch-litauische Konferenz in Riga

### Kownos Antwort in Warschau überreicht

ka. **Warschau**, 16. 1. (Eigenbericht)

„Dziennik Wilenski" meldet aus Kowno: In der letzten Sitzung des Ministerrats hat die litauische Regierung die Antwort auf die polnische Note hinsichtlich der Aufnahme der Verhandlungen zwischen der polnischen und der litauischen Regierung festgesetzt. Die Antwortnote wurde dem polnischen Delegierten Tarnowski überreicht. In der Note lehnt die litauische Regierung es ab, auf Punkt I der polnischen Vorschläge bezüglich Regulierung des Grenzverkehrs zwischen Litauen und Polen einzugehen, da sie die gegenwärtige Grenze zwischen diesen Ländern nur als provisorisch betrachte. Der Absatz II und III der polnischen Vorschläge bezüglich Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs sowie des Transitverkehrs wurde günstiger beurteilt. Die litauische Regierung erklärt sich bereit, über diese Punkte mit der polnischen Regierung zu verhandeln und schlägt Riga als den Ort für Aufnahme der Verhandlungen vor.

**Riga**, 16 1. (Sonderdienst der DAZ)

Der russische Gesandte ist nach einem kurzen Aufenthalt in Moskau nach Riga zurückgekehrt und hat Instruktionen über die russische Haltung in der Frage der polnisch-litauischen Beziehungen mitgebracht. Die Instruktionen stehen besonders im Zusammenhang mit dem Besuch Tarnowskis in Kowno und mit den von ihm mitgebrachten polnischen Vorschlägen für die Ende Januar in Riga stattfindende Konferenz.

*

ka. **Warschau**, 16. 1. (Eigenbericht)

Die polnische Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland hat sich veranlaßt gesehen, einige in der polnischen Rechtspresse erschienene Information zu dementieren, worin auf neue Schwierigkeiten, die sich angeblich in der allerletzten Zeit in den Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Delegation ergeben haben sollten, hingewiesen wird.

Wie hierzu von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, sind gewisse Anzeichen in der Tat vorhanden, die die Weiterführung der Wirtschaftsverhandlungen ernstlich in Frage stellen können. So z. B. muß festgestellt werden, daß die von polnischer Seite beabsichtigte Valorisierung der polnischen Zolltarife, die am 1. Februar erfolgen sollte, abermals hinausgezögert werden werden soll bis nach Abschluß des sogenannten „Kleinen Handelsvertrages" zwischen Deutschland und Polen. Es soll hierdurch erreicht werden, daß die neue Basis der polnischen Zölle deutscherseits dann nicht mehr beanstandet werden kann.

## Eine Warschauer Reise Chamberlains dementiert

sx. **London**, 16. 1. (Eigenbericht)

Eine Warschauer Agenturnachricht über einen geplanten Warschauer Besuch Chamberlains wird hier von gewöhnlich gut informierter englischer Seite als völlig unglaubwürdig bezeichnet. Es ist allerdings bekannt, daß man bei Chamberlain mit Ueberraschungen rechnen muß und daß häufig seine nächsten Mitarbeiter nicht über seine Pläne unterrichtet sind, wie sich das bei der Unterredung mit Primo de Rivera herausstellte. Bekannt ist ferner, daß in der englischen Haltung dem polnischen Staate gegenüber seit Ende des Sommers ein deutlicher Wandel zu verzeichnen ist.

## Der Staatspräsident von Nicaragua will zurücktreten

### Verstärkung der amerikanischen Kampftruppen in Nicaragua

**New York**, 16. 1. (Sonderdienst der DAZ)

Der Rücktritt des Generals Diaz als Präsident von Nicaragua steht anscheinend unmittelbar bevor. Es wird gemeldet, daß Diaz mit der Schattenautorität, die ihm noch verblieben ist, unzufrieden sei, und man glaubt, daß er einen Malaria-Anfall zum Vorwand für seinen Rücktritt nehmen will.

600 amerikanische Seesoldaten wurden heute von Managua mit Flugzeugen und Munition zur Verstärkung der bereits entsandten amerikanischen Seesoldaten und der nicaraguanischen Polizeimacht abtransportiert. Sie sollen versuchen, die Truppen des Generals Sandino aufzureiben. Sie wurden in verschiedenen Abteilungen mit unbekanntem Bestimmungsort nach verschiedenen Richtungen abtransportiert.

*

Wie das Marinedepartement erklärt, haben vier amerikanische Flugzeuge die Stellung Sandinos bei Elchipote mit Bomben beworfen.

**Havanna**, 16. 1.

Die Autofahrt des Präsidenten Coolidge mit Präsident Machado vom Palais zum Nationaltheater zur Eröffnung des Kongresses glich einer Triumphfahrt. Die Straßen waren dicht gefüllt mit Menschen, die vor Begeisterung die Hüte in die Luft warfen und ausriefen: „Viva el presidente!" Als Coolidge von Machado dem Kongreß vorgestellt wurde, wurden ihm mehrere Minuten lang Kundgebungen bereitet, ehe er seine Ansprache beginnen konnte. Diese, in englischer Sprache gehalten, wurde wiederholt von dem Beifall der Abgeordneten, die aufstanden, unterbrochen. An der Feierlichkeit nahmen über 5000 Personen, darunter das diplomatische Korps und die Mitglieder der kubanischen Gesellschaft, teil. Frau Coolidge wurde am Theatereingang im Gedränge von ihrem Gatten getrennt, da die kubanischen Beamten sie nicht sofort erkannten und zurückzuhalten suchten.

(Siehe auch Seite 6)

## Der Länderkongreß

### Die große Aussprache über Reich und Länder
### Reden von Petersen, Bazille, Held und Braun

Der erste Tag des Länderkongresses hat Reden von Bürgermeister Petersen-Hamburg, Staatspräsident Bazille-Stuttgart und Ministerpräsident Held-München gebracht. (Die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun liegt der Oeffentlichkeit noch nicht vor.) Das Positive dieses ersten Tages ist der Vorschlag Petersens, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen. Im übrigen scheint sich die „Konferenzatmosphäre", die allein auf allen solchen Kongressen weiterführen kann, erst noch bilden zu müssen; die gestrigen Reden waren vorbereitete Wiedergabe von Standpunkten, deren gegenseitige Annäherung unter dem Gesichtspunkte des deutschen Gemeinwohles der Zweck der Konferenz ist.

Ein Teil der parteidemokratischen Presse macht eine seltsame Begleitmusik zu der Konferenz: Nicht nur, daß auch jetzt, wie schon in den letzten Tagen, dem Erfolg der Konferenz bereits eine ungünstige Prognose gestellt wird; plötzlich hat man auch entdeckt, es sei eine deutschnationale Terminologie, wenn man als das wichtigste Problem die Abstellung des unorganischen Nebeneinanders von Reich und Preußen ansehe; Preußen müsse sich seine gegenwärtige Stellung bewahren und abwarten, bis alle Länder für den Einheitsstaat frei geworden seien. Ist das in der Tat die preußische These? Das würde bedeuten, daß man in den Kreisen der Linken die Absicht hat, das Thema an dem Problem Reich—Preußen auf das Problem Reich—Süddeutschland zu verschieben. Der Ausdruck „unorganisches Nebeneinander von Reich und Preußen" ist übrigens keine deutschnationale Terminologie. Er stammt bekanntlich vom Reichskanzler a. D. Dr. Luther. Bisher war auch links nicht bestritten worden, daß diese Frage die Kernfrage ist.

In der Konferenz sprach nach dem Bürgermeister Petersen, über dessen Rede wir auf der zweiten Seite berichten,

### Staatspräsident Bazille,

der u. a. ausführte:

Dem Problem Reich und Länder, das der wichtigste Teil des deutschen Verfassungsproblems ist, ist mit rationalistischen Betrachtungen nicht beizukommen, denn die Richtlinien der Politik sind nicht nur der menschlichen Vernunft zu entnehmen, da diese stets geneigt ist, die Menschen anders zu nehmen, als Gott sie geschaffen hat, und die historisch gewordenen Dinge zu verachten, wenn sie mit den abstrakten Forderungen der Vernunft in Widerspruch stehen. eine Art des Verfahrens, die schon oft schweres Leid über die Völker gebracht hat. Wenn wir in Deutschland den Wechsel von Revolution und Reaktion vermeiden wollen, der sich seit den Tagen der französischen Revolution bis heute durch die Geschichte Europas zieht, so müssen wir auf der einen Seite der Zeit geben, was ihre Ideen und Bedürfnisse verlangen; aber auf der andern Seite müssen wir uns vor jeder Ueberstürzung und Ueberspannung hüten. Nur mit großer Sorge kann man sehen, wie in der Frage Reich und Länder mechanische parteipolitische Ideologien sich mit irrigen Auffassungen in der deutschen Wirtschaft verbunden haben, die vielfach wähnt, man könne die Verwaltung eines Reiches ebenso rationalisieren wie die Herstellung und den Vertrieb von Waren.

**Wenn auch kein Zweifel darüber ist, daß die Verwaltung in Deutschland zweckmäßiger und billiger gestaltet werden kann, so ist doch auf der anderen Seite sicher, daß das Problem Reich und Land zwar eine finanz- und wirtschaftspolitische Seite hat, aber im wesentlichen eben doch ein Problem der allgemeinen Politik ist, in der das Seelenleben der Völker, das sich nicht rationalisieren läßt, letzten Endes entscheidet.**

Nichts führt so zuverlässig zur Erkenntnis der Ursachen des gestörten und kranken deutschen Verfassungslebens, als die Untersuchung der Grundsätze, auf denen Bismarck seinen Verfassungsbau errichtet hat. Denn die Erfahrung hat bewiesen, daß der Bau auf diesem Fundament nicht nur stolz in die Lüfte ragte, sondern auch von unerschütterlicher Festigkeit war. Noch nie hat ein Werk den Meister so gelobt wie dieses. Der Redner besprach dann eingehend die fundamentalen Grundsätze der Bismarckschen Verfassung. Im ganzen betrachtet, bildet die Bismarckische Verfassung ein System von Gewichten und Gegengewichten, in dem jedes Gewicht mit seiner vollen Kraft wirken konnte, ohne die Wirksamkeit der andern zu vernichten. Dann zählte der Redner die Punkte auf, in denen eine Preisgabe der Grundsätze der Bismarckschen Politik in der Weimarer Verfassung erfolgte.

**Das Verlassen der Bismarckschen Grundsätze hatte nachstehende Folgen:**

1. Deutschland zeigt ein Bild der Zerrissenheit, des ewigen Parteikampfes, der beständigen Unruhe. der auf keinem Gebiet konsolidierten Verhältnisse, die Souveränität des deutschen Volkes ist in den Wolken der Theorie hängen geblieben. Ihr Niederschlag auf Erden ist nur insoweit eine Realität geworden, als sie das deutsche Volk in eine immer größere Anzahl von Parteien zersplittert und Reich, Länder und Gemeinden zum Wettlauf auf die Futterkrippe anspornt, die die hilflos gewordenen Steuerzahler ununterbrochen neu auffüllen müssen. Ohne ein Spalier, an dem die ihrem Wesen nach auseinanderstrebenden Kräfte des deutschen Volkes sich festhalten und emporranken können, gehört die Souveränität des deutschen Volkes zu den allgemeinen Begriffen, die zusammen mit der Selbstüberschätzung politischer Parteien die Gefahr in sich bergen, entsetzliches Unheil anzurichten. Es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange noch die Kräfte des deutschen Nationalgefühls und der deutsche Sinn für Gesetz und Ordnung der Zersetzung entgegenwirken können. Nur grundlegende, schleunige Verfassungsänderungen können helfen.

2. Zwischen dem Reich und Preußen ist ein Dualismus mit all seinen unerfreulichen und schädlichen Folgen entstanden.

3. Das Eigenleben der Länder ist ausgehöhlt, ihre Existenz gefährdet, die beständigen Verfassungskonflikte erschweren die verständnisvolle Zusammenarbeit. Es tobt ein beständiger Kampf um die Steuereinnahmen. Geschrei nach Verwaltungsreform erfüllt die Luft. Der Vorwurf der Verschwendung wird an die Adresse der Länder gerichtet, bringt diese in einen unberechtigten Verdacht, der nur Verwirrung stiften kann.

4. An die Stelle sorgfältiger staatsmännischer Ueberlegungen sind die nicht kontrollierbaren Impulse der Parteien und Wählermassen getreten.

5. Die öffentlichen Ausgaben werden in der freigebigsten Weise erfüllt, um bald diese, bald jene Klasse der Wähler zufriedenzustellen. Das Bedürfnis der Abgeordneten, wiedergewählt zu werden, tritt hinter die Bedürfnisse des Staates zurück. Die nach Hilfe ausschauenden Steuerzahler, denen die Hingabe an die Arbeit keine Zeit läßt, alle politischen Zusammenhänge zu erforschen, sehen meistens nicht die tieferen Ursachen, klammern sich an Aeußerlichkeiten.

6. Auf dem Gebiete des Finanzwesens haben sich geradezu groteske Zustände entwickelt.

7. Es ist ein Kampf der Städte gegen die Länder entbrannt, weil die Stadtverwaltungen irrtümlich glauben, die Hemmungen in ihrer Selbstverwaltung seien von den Ländern herbeigeführt worden. In Wirklichkeit haben die Klagen der Städte ihren Grund in den Gesetzen und Maßnahmen des Reiches, die die Länder zu Eingriffen in die Selbstverwaltung nötigen.

8. Die verworrenen Zustände, deren Unhaltbarkeit immer klarer wird, haben einen Kampf um die Frage erzeugt, welche Reform die richtige ist. Dieser Kampf nimmt immer heftigere Formen an. Er hat die Verwirrung im Deutschen Reiche vermehrt und wird zu einer förmlichen Gefahr für den Bestand des Reiches, wenn das Ringen um die richtige Form des deutschen Verfassungslebens nicht mit dem Siege des Systems endet, das auch heute noch allein der Eigenart des deutschen Volkes und den historisch gewordenen Grundlagen seines Staatslebens angemessen ist. Den bayerischen Denkschriften der Jahre 1924 und 1926, die sich gegen die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder richten, setzt der Unitarismus in völliger Verkennung der wahren Ursachen der Zustände, unter denen das deutsche Volk leidet, den zentralisierten oder „dezentralisierten" Einheitsstaat entgegen, in dessen Prokrustesbett das deutsche Volk schnell oder langsam mit Gewalt oder allerlei ausgeklügelten Mitteln gezwängt werden soll.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

### Ministerpräsident Held

entrollte die Probleme von der Einstellung Süddeutschlands aus. Er betonte, daß er damit keinen Gegensatz zum Norden wiederaufleben lassen wollte. Aber bei den Plänen für die Neugliederung des Reiches dürfe nicht der Fehler begangen werden, neuen Formen zuliebe das geschichtlich Gewordene zu zerstören und eine Entwicklung, deren Streben nach Vereinfachung und Sparsamkeit der Redner anerkannte, zu überstürzen. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen und in Ansehung der Artung der Deutschen in ihren Stämmen für das deutsche Vaterland und seine Grundlagen nichts Besseres gegeben werden könne, als die Gliederung der Staaten mit bestimmter Selbständigkeit. Nur im Wettbewerb der Staaten könne dem Ganzen des Vaterlandes die größte Kraft in der Entfaltung auch der äußeren Politik erwachsen.

*

**Der Reichspräsident gab am Montagabend zu Ehren der Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder ein Essen, zu dem auch die beteiligten Reichsminister und Minister der Länder sowie die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat geladen waren.**

## Schlesische Beschwerde in Warschau

### Die Nichteintragung der Deutschen in die Wahllisten

ka. **Warschau**, 16. 1. (Eigenbericht)

Der ehemalige Sejmabgeordnete Rozumek von der deutschen Fraktion und Studienrat Krajczyrski, haben sich beschwerdeführend an das Oberste Wahlkommissariat in Warschau gewandt und darüber Klage geführt, daß in Ostoberschlesien Vorbereitungen getroffen werden, den Angehörigen der deutschen Minderheit die Beteiligung an den Wahlen in den polnischen Sejm und Senat künstlich zu erschweren und sie womöglich überhaupt daran zu hindern. Es wurde (wie schon kurz berichtet. — Red.) festgestellt, daß Tausende von Deutschen in den Wahllisten, deren Auslage- und Eintragungstermin am heutigen Tage erlischt, nicht eingetragen waren und die betreffenden Beamten die Eintragungen auch nachträglich nicht vornehmen wollten, indem sie Reisepässe, Militärpapiere und ähnliche von polnischen Behörden ausgestellte Personallegitimationen nicht als den Beweis für die polnische Staatszugehörigkeit dieser Personen anerkennen wollten. In der Gemeinde Laurahütte allein fehlten die Eintragungen von etwa 3000 Deutschen.

### Gleiwitz erhält einen stärkeren Rundfunksender

Die Verhandlungen mit Polen wegen der Behebung der Rundfunkstörungen, die durch den Kattowitzer Rundfunksender in Deutsch-Oberschlesien verursacht werden, haben dazu geführt, daß in Gleiwitz ein entsprechend starker Sender mit einer mittleren Telephonieleistung von etwa 12 kW errichtet wird. Beim Abschluß der Verhandlungen hat sich die „Polskie Radio" bereit erklärt, während der Uebergangszeit zweimal wöchentlich von 8 Uhr abends ab sowie zwecks Ermöglichung der störungsfreien Aufnahme der für die örtliche Wirtschaft wichtigen Aussendungen des Gleiwitzer Senders an den Wochentagen zwischen 12 Uhr 15 Minuten und 2 Uhr 40 Minuten und zwischen 3 Uhr 20 Minuten und 4 Uhr die Energie des Kattowitzer Senders durch Ausschalten der letzten Verstärkerstufe herabzusetzen.

### Direktor Thomas in Kattowitz

sch. **Genf**, 16. 1. (Eigenbericht)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, hat sich heute nach Kattowitz in Ost-Oberschlesien begeben, wo am 18. und 19. Januar das beratende Arbeitskomitee für Oberschlesien zusammentritt. Es ist durch den deutsch-polnischen Vertrag vom 15. 4. 1922 ins Leben gerufen worden, soll sich jedes Jahr versammeln, und tritt diesmal zum ersten Male zusammen.

## Ein deutscher Student russischer Spion?

### Beginn eines Spionageprozesses in London

sx. **London**, 16. 1. (Eigenbericht)

Heute begann die Gerichtsverhandlung in dem Spionageprozeß gegen die beiden vor mehreren Monaten hier verhafteten Kommunisten, den Engländer Cartney und den 24jährigen deutschen Studenten Georg Hansen. Die Anklage wurde von dem Generalstaatsanwalt Sir Douglas Hogg persönlich vertreten. Das heutige Verhör ging nicht über die Ergebnisse des bereits seinerzeit veranstalteten Polizeiverhörs hinaus. Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, für die russische Regierung Spionage getrieben zu haben. Cartney hat sich mit einem englischen Versicherungsbeamten in Verbindung gesetzt und von ihm Auskunft über Versicherungen von Waffenladungen für die russischen Randstaaten erbeten. Cartney hat ferner dem englischen Versicherungsbeamten einen Fragebogen über die englischen Luftstreitkräfte gegeben, der so viel Sachkenntnis bewies, daß er, wie der Generalstaatsanwalt ausführte, nur von einem militärischen Büro einer Militärmacht entworfen sein konnte. Der betreffende englische Versicherungsbeamte tritt als Hauptzeuge gegen die beiden Angeklagten auf. Er hat sich, sobald sie mit ihm in Verbindung traten, sofort an einen Admiral gewandt, der ihn bat, zum Schein auf die Pläne einzugehen.

*

kbg. **Wien**, 16. 1. (Eigenbericht)

In Preßburg wurden drei Frauen und ein Mann wegen Spionage zugunsten Ungarns verhaftet.

### Zwei Hinrichtungen in Peking

**Peking**, 16. 1. (Sonderdienst der DAZ)

Nach einer Haft von vier Monaten wurden heute der chinesische Professor Kao Jenschan und ein Student öffentlich hingerichtet. Beide waren unter dem Verdacht kommunistischer Betätigung verhaftet worden. Vor der Hinrichtung wurden die beiden Verurteilten auf durch berittene Truppen bewachten Wagen durch die Straßen Pekings geführt. Professor Kao hat an der Columbia-Universität in New York seinen Doktor gemacht und war eine Zeitlang Professor an der Pekinger Nationaluniversität. Später gründete er dann das Yiwen-College in Peking.

Der Untergeneralsekretär und Direktor der politischen Abteilung des Völkerbundsekretariats, Dr. Sugimura, traf gestern zur Besprechung laufender Völkerbundangelegenheiten in Berlin ein. In Vertretung des erkrankten Außenministers wurde er von Staatssekretär v. Schubert empfangen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags stattete Dr. Sugimura dem Reichskanzler einen Besuch ab. Abends fuhr er nach London weiter.

**Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"**

## Vier Paktentwürfe in Genf eingetroffen

### Die Denkschriften Englands und Belgiens

sch. **Genf**, 16. 1. (Eigenbericht)

Die englische Denkschrift über die Tätigkeit des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes ist jetzt in Genf eingetroffen. Ihr Inhalt wurde heute im Völkerbundssekretariat von den berufenen Stellen studiert, wird jedoch sonst streng geheimgehalten.

Außerdem ist eine kurze belgische Denkschrift eingelaufen. Sie stellt sich auf den Standpunkt des früheren belgischen Delegierten de Brouckère, behandelt ganz besonders die Paktartikel 11 und 16, die seit Jahren das Hauptstudium des genannten, nunmehr in der innerpolitischen Opposition befindlichen sozialistischen Senators bildet. Sie legt also den Hauptwert auf eine vermehrte Heranziehung des Art. 11, der vielleicht den Krisen vorbeugen könnte, mit denen sich Art. 16 direkt befaßt. Sie läßt aber auch den Art. 16 selbst und seine Sanktionen nicht außer acht.

Sodann liegen noch die schwedische und die norwegische Denkschrift vor. Eine finnische Denkschrift ist nicht eingegangen. Die schwedische ist eine sehr wohlwollende Umschreibung des Locarno-Gedankens, die Norweger zeigen allgemeine Verhandlungswilligkeit.

Da vier Staaten durch ihre Delegierten in Prag vertreten sind, wird das Berichterstatterkomitee acht Meinungen zu beurteilen haben. Der französische Standpunkt wird von Benesch und von Politis vertreten. Man kann also sagen, daß die Beteiligung der 25 zur Stellungnahme berufen gewesenen Regierungen nicht sehr lebhaft war.

Für noch bemerkenswerter als die geringe Inanspruchnahme des Rechtes der Vorlage von Denkschriften kann der Umstand angesehen werden, daß die im letzten Absatz des Punktes 3 der 5. Resolution der 8. Bundesversammlung gegebene Anregung in Vergessenheit zu geraten scheint. Dort wurden die Staaten aufgefordert, dem Völkerbundsrat genau mitzuteilen, mit welchen Streitkräften sie ohne Beeinträchtigung ihrer Paktverpflichtungen sofort zu Lande, zur See oder in der Luft für den Fall eines Konfliktes in einer bestimmten Gegend intervenieren könnten, um die Entscheidungen oder Empfehlungen des Völkerbundrates durchzuführen.

Der Zusammentritt des Berichterstatterkomitees in Prag ist nunmehr für den 26. Januar definitiv festgesetzt.

### Geheime Besprechung Poincaré-Parker Gilbert

a. **Paris**, 16. 1. (Eigenbericht)

Zu Ehren des Reparationsagenten Parker Gilbert gab Briand heute im Außenministerium ein Frühstück, an dem außer dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Justizminister Barthou eine große Anzahl politischer und parlamentarischer Persönlichkeiten teilnahm. U. a. waren anwesend der amerikanische Geschäftsträger Whitehouse, der Präsident der Reparationskommission Chapsal, die Vorsitzenden der Finanzkommission des Senats und der Kammer, die Finanzberichterstatter beider Häuser, der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, der französische Kommissar bei der Deutschen Reichsbank, Leverve.

Nach dem Frühstück hatte Poincaré eine vertrauliche Besprechung mit Parker Gilbert. Ueber den Inhalt der Unterredung wird von amtlicher französischer Seite keinerlei Mitteilung gemacht.

## Amerikanischer Funkdienst

### New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

| | 16. 1. | 14. 1. | | 16. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Tägl. Geld | 4½ | 4½ | London 60 T. | 4,83⅛ | 4,83⅛ |
| Bankakzepte | | | Paris | 3,93⅛ | 3,93⅛ |
| (90 Tage) B | 3⅝ ½ | 3⅝ ½ | Brüssel | 13,94½ | 13,95 |
| do. do. G | 3⅝ ½ | 3⅝ ½ | Amsterdam | 40,31 | 40,34½ |
| Pa. Handelsw. | | | Zürich | 19,27 | 19,27 |
| niedrig. Kurs | 3¾ ⅞ | 3¾ ⅞ | Oslo | 26,60 | 26,61 |
| do. höchster | 4½ | 4½ | Kopenhagen | 26,79 | 26,81 |
| Berlin Mittelk. | 23,82½ | 23,83 | Prag | 2,96⅛ | 2,96⅛ |
| „ bez. | —.— | —.— | Rom | 5,28¹ | 5,29⅛ |
| London | | | Madrid | 17,12½ | 17,14 |
| Kabel Tr. | 4,87⁵/₁₆ | 4,87¹³/₁₆ | Silber | 57 | 57⅛ |

### New Yorker Börse

| | 16. 1. | 14. 1. | | 16. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Baltimore & Ohio | 115⅛ | 115¾ | 6½ Elektrowerke 50 | 97 | 96⅞ |
| Canad. Pacific | 208 | 209 | 7 GuteHoffnungsh. | 100½ | — |
| Chesapeake & Ohio | 198 | 201½ | 7% Rh.-Elbe-Union | 112⅞ | — |
| ChicagoMilwaukee | 17⅞ | 18½ | 6% Rh.Westf. Elek. | 93⅝ | 93½ |
| Erie | 62¼ | 63¾ | 7 Rh. W. El. 1950 | 101⅝ | 101⅝ |
| Missouri Pacif. pref | 112⅝ | 113 | 7½ Leonh. Tietz | 134½ | — |
| Pennsylvania | 64⅛ | 64⅞ | 7 Sachs. Wke. 45 | 100½ | — |
| Reading | 101½ | 102 | 6 Siem. u. H. 1951 | 107 | 106⅞ |
| Southern Pacific | 120 | 121¼ | 6½ Ver. Stahlw. A.G. | 97 | 97 |
| Union Pacific | 189⅛ | 189⅝ | 7 Oest. Völkerbd. | 103¼ | — |
| Bethl. Steels | 56½ | 57 | 6½ Bayr. Staatsanl. | 97 | 97 |
| General Electric | 131 | 132⅝ | 6½ Berl. Stadt 25 | 98½ | 98½ |
| General Motors | 131⅝ | 132 | 7 Bremer Anleihe | 102 | 101⅝ |
| Gillette Safety Raz. | 99 | 99½ | 7 Franz. Gold 49 | 106½ | 106¾ |
| Intern. Harvester | 243½ | — | 7% Rep. Dawes Anl. | 107⅝ | 107⅝ |
| Standard Oil N. J. | 40 | 40 | 7 Dt. Kom. Verb. 47 | 99⅝ | 99½ |
| Studebaker | 57½ | 57⅞ | 7 Rentenbk. Kredit | 100⅞ | 100⅝ |
| U. S. Steel Corp. | 144½ | 146 | 5 Mex. Ausl. v. 99 | 42½ | — |
| 4% St. Louis Prior. | 92¼ | 92½ | 4 Mex. Gold v. 04 | 28½ | — |
| 6% do. cum. Mrt. Bd. | 101 | 100⅝ | 8 Poln. Ausl. 50 | 99¾ | 99¼ |
| 6½% A. E. G. 1945 | 120½ | — | | | |

### New York, Produktenmarkt

| | 16. 1. | 14. 1. | | 16. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Kaffee Santos | 22,00 | 22,00 | Roheisen p. Schiff | —,— | —,— |
| „ Rio loko | 14¹³/₁₆ | 14¹⁵/₁₆ | Weissblech | 5,25 | 5,25 |
| „ Januar | 13,80 | 13,67 | Schmalz West. | 12,60 | 12,65 |
| „ März | 13,85 | 13,72 | Talg extra lose | 9,00 | 9,00 |
| „ Mai | 13,68 | 13,60 | Bw. Saatöl loko | 9,90 | 10,10 |
| „ Juli | 13,52 | 13,49 | „ Jan. | 9,99 | 10,10 |
| „ Septbr. | 13,35 | 13,35 | „ März | 9,96 | 10,16 |
| Baumwolle loko | 19,15 | 19,35 | Petrol. Stand. wh. | 17,15 | 17,15 |
| „ Januar | 18,63 | 18,83 | „ Fässern | 13,75 | 13,75 |
| „ März | 18,67 | 18,88 | „ Midcontinent | 1,22 | 1,22 |
| „ Mai | 18,78 | 18,97 | Pennsylv. Rohöl | 2,80 | 2,80 |
| „ Juli | 18,55 | 18,72 | Zucker Januar | 2,67 | 2,62 |
| Zufuhr | 16 000 | 20 000 | „ März | 2,68 | 2,68 |
| Kupfer elektr. | 14,07½ | 14,07½ | „ Mai | 2,76 | 2,75 |
| „ 80-90 Tage | 14,30 | 14,25 | Kautsch. crepe | 40½ | 40,25 |
| Zinn | 54½ | 55⅝ | „ sheet | 40½ | 40,25 |
| Blei | 6,50 | 6,50 | Terpentin | 62,25 | 63,00 |
| Zink | 5,62½ | 5,62½ | „ Savannah | 56,25 | 56,75 |
| Roheisen p. Bahn | 21,91 | 21,91 | Baumw. N.Orl. | 18,72 | 19,03 |

| | 16. 1. | 14. 1. | | 16. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, rot. | 151½ | 151½ | Mehl, Sp. | 6,50—6,75 | 6,50—6,75 |
| Hardwinter | 144⅞ | 144⅝ | Getrfr. Engl. | 1/9—2/3 sh | 1/9—2/3 sh |
| Mais loko | 102 | 101¼ | Kontinent | 6—10 cts | 6 10 cts |

### Chicago, Produktenmarkt

| | 16. 1. | 14. 1. | | 16. 1. | 14. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen März | 129 | 129 | Schmalz März | 11,97½ | 12,02½ |
| „ Mai | 130⅛ | 130⅛ | Rippen Januar | 10,90 | 10,90 |
| Mais März | 90⅝ | 88½ | Speck | 11,00 | 11,00 |
| „ Mai | 92⅞ | 91½ | Leichte Schweine niedr. | 7,80 | 7,90 |
| Hafer März | 55⅝ | 54¼ | Leichte Schweine höchst | 8,45 | 8,60 |
| „ Mai | 56⅝ | 55½ | Schwere Schweine niedr. | 8,10 | 8,10 |
| Roggen März | 108¼ | 108⅝ | Schwere Schweine höchst | 8,45 | 8 60 |
| „ Mai | 108½ | 109 | Zufuhr Chicago | 47 000 | 5 000 |
| Schmalz Jan. | 11,87½ | 11,90 | Zufuhr Westen | 175 000 | 30 000 |

## Vor der Grünen Woche

### Agrar- und Industriestaat

Von **Freiherr Gebhard v. König**

Eingeleitet durch die beiden Versammlungen im Zirkus Busch und Großem Schauspielhaus beginnt am 29. Januar, endigend mit dem 4. Februar, die alljährlich wiederkehrende „Grüne Woche", die sich auf die beiden größten landwirtschaftlichen Organisationen stützt — die von Max Eydth gegründete Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (D. L. G.), bekannt auch in anderen Kreisen durch ihre Wanderausstellungen, und auf die wirtschaftlich-politische Vereinigung, den Reichslandbund, Nachfolger des im Jahre 1893 aus der Not der Zeit entstandenen Bundes der Landwirte. In unermüdlicher Arbeit bemühen sich diese beiden Organisationen, Jahr für Jahr durch die Ausstellungen am Kaiserdamm, in Sitzungen und Versammlungen ihren Mitgliedern alle Fortschritte der Wissenschaft und Praxis zugänglich zu machen und zu gleicher Zeit der Bevölkerung Berlins die Wünsche und Nöte der Landwirtschaft nahezubringen, Brücken zu schlagen von Stadt zu Land.

Der verlorene Krieg brachte einen festeren Zusammenschluß aller Erwerbsstände zur gemeinsamen Ueberwindung der sich häufenden Schwierigkeiten der Inflation, Nachkriegszeit und Zwangswirtschaft. Auch auf dem Lande, in Kreis- und Provinzvereinen fanden sich im Jahre 1919 die Landwirte zusammen, und der damalige Druck politischer und wirtschaftlicher Art von seiten des Staates und der Massen schweißte alle die kleinen und verstreuten Landbünde, die wie hilflose Inseln inmitten des Chaos schwammen, einschließlich des Bundes der Landwirte, der, durch den langen Krieg in seinen Grundfesten erschüttert, einer Regeneration dringend bedurfte, zu einer Spitzenorganisation zusammen. In jahrelanger zäher Arbeit ist es dieser unter dem Namen Reichslandbund heute weitest bekannten Vereinigung gelungen, sich zu der zahlenmäßig stärksten Organisation der deutschen Landwirtschaft mit 1¼ Millionen Mitgliedern und mit einer Fläche von 11 Millionen Hektar gleich 40 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche empor zu entwickeln. Bei dieser Angabe fehlen noch die rund 4 Millionen Mitglieder der angeschlossenen Landfrauen und Landjugend. Somit steht die deutsche Landwirtschaft den Vereinigungen der großen Industriekonzerne und den Gewerkschaften ebenbürtig gegenüber. Abgeordnete aller Parteien vertreten ihn in den gesetzgebenden Körperschaften, so im Reichstag mit 71, im Reichswirtschaftsrat mit 12, im Preußischen Landtag mit 57 sowie im preußischen Staatsrat mit 20 Stimmen. Es ist die vollkommen irrige Ansicht weiter Kreise, daß der Reichslandbund einseitiger Vertreter des Großgrundbesitzes sei, umfaßt er doch 86 Prozent Kleinbesitz (unter 20 Hektar), 13 Prozent Mittelbesitz (20—100 Hektar) und 1 Prozent Großbesitz (über 100 Hektar). Diese Zahlen liefern den schlagenden Beweis, wie stark — dank seiner Ziele — der Reichslandbund gerade in der Bauernschaft verankert ist.

Es steht wohl außer jeder Frage, daß eine solche Organisation in der heutigen Zeit nicht nur wichtig für die deutsche Landwirtschaft selbst, sondern auch für den Staat und alle anderen Erwerbszweige ist. Wirtschaftskämpfe jeder Art können nur dann vermieden und in die richtige Bahn gelenkt werden, wenn der einzelne in einer Berufsvertretung zusammengeschlossen ist, die für ihn handelt und beschließt. Ebenso wie der Staat bei Lohndifferenzen usw. sich auf die Gewerkschaften und die in Frage kommenden Industriekonzerne stützt, um die volkswirtschaftlich schädlichen Streiks zu verhindern, so ist der Reichslandbund die gegebene Stelle, mit welcher der Staat verhandelt, wenn es sich um Forderungen der Allgemeinheit an die Landwirte handelt, während dieser wiederum umgekehrt die lebenswichtigen Interessen der deutschen Landwirtschaft bei Handelsverträgen und Zöllen gegenüber der Regierung zu wahren hat.

Solange Deutschland ein Agrar- und Industriestaat bleibt — und im Interesse unseres gesamten Volkes ist nur zu hoffen, daß der Bestand unserer ländlichen Bevölkerung nicht weiter zurückgeht, beträgt doch der Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner 1926 auf dem Lande rund 11 gegen 2,3 in der Stadt —, so lange werden in gemeinsamer Arbeit Industrie und Landwirtschaft den weiteren Aufstieg unseres Vaterlandes sichern. Wie eng verbunden diese beiden größten Erwerbsgruppen sind, zeigten die schweren Jahre nach dem Kriege, als zum Beispiel während des Ruhrkampfes dort der schwerbedrückten Arbeiterschaft Lebensmittel im Werte von 45 Millionen Goldmark von seiten der Landwirtschaft zugeführt wurden und mehr als 300 000 Kinder der ausgewiesenen Deutschen auf dem Lande Unterkunft und Erholung fanden. Wie viele bedeutende Industriewerke standen während der Inflation in engster Fühlung zum Großgrundbesitz und versorgten ihre Belegschaften durch direkten Einkauf bei den Großbetrieben oder erwarben sogar selbst den Grund und Boden, um ihn im eigenen Interesse zu bewirtschaften, eine Kombination, der auch heute in mancher Hinsicht das Wort zu reden wäre.

Gelingt es, unsere gesamte Landwirtschaft auf dem heutigen Niveau hoher Kultur weiterzuentwickeln, so ist sie, abgesehen vom volkswirtschaftlichen Ernährungsproblem, für die deutsche Industrie auch der beste Abnehmer ihrer Erzeugnisse. Erreicht doch das im toten Inventar festliegende Kapital der Landwirtschaft die respektable Summe von rund zwölf Milliarden Mark, so daß allein für die Unterhaltung jährlich 1¼ Milliarden nötig sind, ein Betrag, der zur Stütze des inneren Marktes dient und unserer gesamten Industrie zugute kommt, ganz abgesehen von den beträchtlich höheren Summen, die für Neuanschaffungen Jahr für Jahr laufend benötigt werden und die nach Ueberwindung der heute unstreitig bestehenden Agrarkrise eine erhebliche Steigerung erfahren würden.

Wer die Ausstellungen am Kaiserdamm und die Wanderausstellungen der D. L. G. der letzten Jahre verfolgte, wer dort von Stand